



Wenn die öffentliche Hand beginnt, die Löhne generell zu kürzen, bleibt bald allen Lohnabhängige weniger Geld zum Leben.

Zürich leitet Lohnabbaurunde ein.

Kantone spielen mit dem Feuer

Die Lohnkürzungspläne der SBB machen Schule. Der Kanton Zürich will ab 1997 die Löhne seiner rund 44'000 Angestellten um bis zu fünf Prozent zu kürzen, der Kanton Luzern friert die Löhne seines Staatspersonals ein. Andere von Budgetsorgen geplagte Kantone könnten dem Beispiel folgen.

Noch wird in den Kantonen Zurückhaltung geübt, wie eine Umfrage der Nachrichtenagentur SDA ergab. Der tief in den roten Zahlen steckende Kanton Bern schliesst Nominallohnkürzungen zumindest vorläufig aus. Das Berner Staatspersonal habe in den letzten Jahren bereits grosse Lohnopfer von insgesamt 4,2 Prozent erbracht, erklärte der Berner Finanzdirektor Hans Lauri gegenüber der „Berner Zeitung“.

Auch die Stadt Zürich kann ihrem Personal nicht mehr Lohnopfer abverlangen. 1995 war den Angestellten der 13. Monatslohn um zwei Drittel gekürzt worden, weitere Lohnkürzungen sind rechtlich bis Ende der Amtsperiode 1998 nicht mehr möglich.

Das Schaffhauser Staatspersonal musste 1995 und 1996 auf zwei Prozent seines Lohnes verzichten. Eine Verlängerung ist jedoch nicht geplant. Auch die Neuenburger Staatsangestellten hatten in den letzten zwei Jahren Lohneinbussen von 2,5 Prozent hinzunehmen.. Im Kanton Jura werden den Staatsangestellten seit 1993 sogenannte Solidaritätsbeiträge zwischen 1 und 4,25 Prozent vom Lohn abgezogen. Der Kanton Freiburg erhob 1994 bis 1996 Solidaritätsbeiträge von insgesamt 2,3 Prozent.

In Kantonen wie etwa Glarus oder Nidwalden, deren Lohnniveau eher unter dem Durchschnitt liegt, hält man rigorose Lohnkürzungen nicht für notwendig. Auch die rund 3'000 Bündner Kantonsangestellten müssen vorläufig nicht um ihren Lohn bangen. Der Druck auf die Beamtenlöhne sei in Graubünden nicht so gross wie in Kantonen mit grossen Haushaltsdefiziten, erklärte Jürg Michel, Sekretär beim Finanzdepartement .

Abstriche überall

Mit „sanfterm Druck“ will der Kanton Thurgau die Dienstalterszulagen zusammenstreichen. Mit der Halbierung des Stufenanstiegs beim Staatspersonal und bei der Lehrerschaft sollen jährlich insgesamt 1,5 Millionen Franken eingespart werden, wie der Regierungsrat am Dienstag ankündigte. Auch im Kanton Aargau mussten Staats- und Lehrpersonal in den letzten zwei Jahren Abstriche bei den Dienstalterszulagen hinnehmen. Die Angestellten der meisten Kantone erhielten 1996 die Teuerung nur teilweise oder gar nicht ausgeglichen. Auch für 1997 sind Kürzungen angesagt oder bereits beschlossen. Das Berner Staatspersonal muss laut Finanzdirektor Hauri möglicherweise länger als nur ein Jahr auf den Teuerungsausgleich verzichten. Das Parlament des Kantons Basel-Stadt hat bereits im letzten Jahr die Kürzung des Teuerungsausgleichs 1996 und 1997 beschlossen. Auch in den Westschweizer Kantonen gehört der automatische Teuerungsausgleich mittlerweile der Vergangenheit an.

Schrauben am Lohnsystem

Lohnopfer müssen die Staatsangestellten vieler Kantone auch mit der Sistierung der Stufenanstiege innerhalb der Lohnklassen erbringen. So folgte der Luzerner Grosse Rat am Montag dem Beispiel des Kantons Basel-Stadt, der 1996 und 1997 einen allerdings einmaligen Verzicht auf den Stufenanstieg beschlossen hat. Auch im Kanton Glarus wurde mit der Besoldungsrevision der Stufenanstieg abgeflacht. Einige Kantone, so zum Beispiel Solothurn, Bern und Aargau, stellen ganz auf ein Leistungslohnsystem um. Die auf Anfang Jahr in Kraft getretene revidierte Besoldungsordnung sei aber eher mit Mehrkosten verbunden, erklärte der Chef der Solothurer Finanzverwaltung, Kurt Altermatt. Der Kanton Wallis erhofft sich von seinem neuen Leistungslohnsystem dieses Jahr Einsparungen von 23,5 Millionen Franken.

Stellenabbau und Personalstopp

Viel Staun wirbelte die Ankündigung von Stellenabbau auf. Der Kanton Bern will bis 1999 rund 1 '000 Stellen in Verwaltung, Schule, Gesundheits- und Sozialwesen streichen. Im Kanton Solothurn ist ein Abbau von 350 Stellen im Gang, der bis 1998 vollzogen sein soll. Der Kanton Tessin speckt seine Verwaltung bis 1999 schrittweise um 400 Stellen ab.

In den meisten Kantonen hält man sich zudem an teilweise schon früher erlassene Personalstopps.

Berner Tagwacht, 26.6.1996.

Berner Tagwacht > Lohnabbau. TW, 1996-06-26